



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

E-Mail: marktregeln@e-control.at

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
-	WP-GSt/Ma/Jo	Sandra Matzinger	DW	13732	DW	143732	04.04.2022

Verordnung des Vorstands der E-Control über nähere Modalitäten der Ratenzahlung gemäß § 82 Abs 2a EIWOG 2010 (Ratenzahlungs-Verordnung)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im vorgelegten Verordnungsentwurf wird geregelt, dass Haushalte und Kleinunternehmen mit Zahlungsschwierigkeiten und einer daraus resultierenden Nachzahlung bei der Jahresabrechnung das Recht haben, eine Vereinbarung über mögliche Rückzahlungsmodalitäten mit ihrem jeweiligen Stromlieferanten bzw Netzbetreiber über diese offene Forderung abzuschließen. Diese gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Ratenzahlung ist aus Sicht der BAK ausdrücklich zu begrüßen.

In der Verordnung sind wesentliche Punkte der gesetzlichen Vorgabe bereits umgesetzt, die BAK sieht jedoch noch folgenden Ergänzungsbedarf:

- Netzbetreiber und Lieferanten sollten verpflichtet werden, die KundInnen über die Anzahl und Höhe der zu bezahlenden Raten schriftlich zu informieren.
- Die Folgen einer Nichteinhaltung der Ratenvereinbarung müssen in dieser Verordnung geregelt werden. Dazu schlägt die BAK vor, dass jedenfalls ein qualifiziertes Mahnverfahren in Analogie zu § 82 Abs 3 EIWOG und § 127 Abs 3 GWG durchzuführen ist.
- § 7 der genannten Verordnung stellt klar, dass den betroffenen KundInnen keine Mehrkosten, beispielsweise für die Erstellung von Ratenplänen, in Rechnung gestellt werden dürfen. Mahngebühren und Verzugszinsen sind davon jedoch explizit ausgenommen. Dies ist aus Sicht der BAK zu kritisieren, da zusätzliche Kosten für die Betroffenen zu einer Verschärfung der derzeit ohnehin schon angespannten Situation führen. Die BAK regt daher an, die Höhe von Verzugszinsen, wie dies bereits bei Entgelten für Mahnungen der Fall ist, in einer Novelle des § 11 der

Systemnutzungsentgelte-Verordnung (SNE-VO 2018) zu regeln, wo bereits jetzt Entgelte für sonstige Leistungen bestimmt werden. Eine gesonderte Regelung gilt es dabei für einkommensschwache Haushalte (beispielsweise definiert durch § 72 und § 72a Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz) zu treffen.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

